

An alle Kirchengemeinden
im KGV-Königslutter

Sehr geehrte Damen und Herrn,
liebe Schwestern und Brüder

12.05.2025

Was in der Politik unter Demokraten gilt, sollte auch in der Kirche möglich sein: Solange wie möglich werde ich in der Sache um Mehrheiten ringen.

Die Ausgangslage war und ist, die Pfarrerschaft von Bürokratie und im Besonderen von mehreren Geschäftsführungen zu entlasten. Es sollte im KGV mit Vertretern des LKA ausgelotet werden, welche Möglichkeiten hier bestehen. Angedacht war es, Geschäftsführungen über Multifunktionsstellen oder vom KV selbst zu besetzen.

Es kam anders. In der KGV-Sitzung am 16.12.2024 waren mehrere Vertreter der Landeskirche und der Verwaltungsstelle Braunschweiger Land vertreten. Unsere Vorstellung wurde als nicht machbar dargestellt. Stattdessen wurde uns eine „Große Fusion“ nahegelegt, obwohl noch kein Votum der Kirchenregierung vorlag. Die anschließende Diskussion hakte da schon bei dem Punkt Finanzen. Herr Prof. Dr. Goos räumte ein, dass der Vorschlag einer Fusion nicht von der Landeskirche kam, sondern aus den eigenen Reihen. Dieser Wunsch ist aber in keinem KGV-Protokoll nachzulesen.

Die Pfarrerschaft machte sich für eine Fusion stark, mit der Begründung, dass eine Vakanz bei weniger Bürokratie schneller zu besetzen wäre. Einen Beweis, dass das nur mit einer Fusion geht, gibt es bis heute nicht und wird es wohl auch nie geben. Wenn die Pfarrerschaft lieber in einem Großraumbüro mit Pfarramtssekretärinnen arbeiten möchte, dann kann sie das tun. Es rechtfertigt aber noch lange keine Fusion der einzelnen selbständigen Gemeinden; denn ein Fusionsvertrag beinhaltet die Aufgabe ihrer Finanzhoheit. Die Bildung von neuen Rücklagen in den einzelnen Gemeinden ist dann nie mehr möglich. Dagegen stemmen sich einige Gemeinden, wie Sunstedt.

Im Kirchenverband gab es jetzt eine Bewerbung für die Pfarrstelle Bornum/Lauingen/Schunter. Der Pfarrer aus Oldenburg arbeitet z. Z. in so einer Fusionsgemeinde, wollte dort aber weg. Den Grund lasse ich mal offen. Leider hat er die Bewerbung zurückgezogen. Work-Live-Balance ist wohl jetzt das Schlagwort. Darum soll der KGV ja zu einer Gemeinde werden, laut Pfarrerschaft werden die Vakanzten dann eher besetzt.

Dieser Fusionsvertrag wurde jetzt von der Kirchenregierung freigegeben. Jetzt liegt die Entscheidung bei uns, den Kirchengemeinden. Mehrere haben, wenn auch mit Einschränkungen, zugestimmt.

Wie sagte Kanzler Scheidemann vor 100 Jahren, nach dem ihm das Vertrauen entzogen wurde: „Welche Gründe auch jeder von Ihnen hatte, so abzustimmen, es ist in 6 Wochen

vergessen. Aber was ihr damit angerichtet habt, wird euch noch Jahrzehnte verfolgen“. Er hatte bedauerlicher Weise recht.

Und heute – wir haben nie im KGV die Vorteile und Nachteile aufgeschrieben und bewertet. Es wurde nur immer wolkig formuliert mit der Begründung, dass es für Bewerber dann attraktiver wird. Plan „A“, die Pfarrerschaft von Bürokratie zu entlasten, stand gar nicht mehr zur Diskussion, obwohl wir diese Fusion nie mehr rückgängig machen können. Sind wir uns alle tatsächlich dieser Verantwortung bewusst? Oder ist es etwa der Gruppenzwang, der von Wortführen als alternativloser Weg dargestellt wird?

Mit dieser angestrebten „Großen Gemeindefusion“ bricht man den kleinen Dorfgemeinden das Genick und läutet das Kirchturmsterben ein. Sie können sich nie mehr dagegen wehren. Wie traurig das ist, sehen wir in der Region Helmstedt (Büddenstedt).

Da das LKA diese Fusion nicht angeschoben hat, sind sie fein raus und können immer sagen – ihr wolltet das doch so, wir haben damit nichts mehr zu tun, euer Problem.

Dabei hat sich das LKA in Punkt Verwaltung noch keinen Millimeter bewegt. Aber genau das wäre doch die große Entlastung für die Pfarrerschaft.

Wir machen etwas Großes, aber die Führungskräfte, die Amtspersonen gehen weg. Dafür bleibt uns der Scherbenhaufen. Verantwortung? Ja, davon habe ich schon mal gehört, da war mal was.

Die, die uns die Ungläubigen nennen, würden ihre Gebetshäuser niemals aufgeben.

Nur wir Christen, die wir für alles offen sind, vom Mittelmeer bis zum Regenbogen, wir schaffen es nicht, unser sichtbares Bollwerk, unsere Kirchtürme zu schützen. Wir lassen uns von den eigenen Bürokraten unsere Glocken stilllegen. Man könnte ...

Wir, die wir hier wohnen, tragen die Verantwortung, nicht Angestellte. Wir tragen die Verantwortung nicht nur für jetzt, sondern vor allem für unsere Kinder und Enkel. Wir Kirchenvorsteher sind gewählt, um unsere Kirchengemeinden vor Schaden zu schützen. Nur wenn wir wehrhaft bleiben, können wir dieses Ziel erreichen. Unser KGV, beratend und beistehend ist hierfür das richtige Instrument.

Nur wenn wir die uns auferlegte Bürokratie, im Einvernehmen mit dem LKA und der Propstei, so gestalten, dass wir Erfolge vorweisen können, nur dann sind Vakanzen attraktiv. Dann können wir auch die funktionierenden Strukturen in unseren Dörfern erhalten, zum Wohle aller.

Was die Pfarrerschaft darf, Bewerbungen zurückziehen, dürfen auch wir. Prüft alles und behaltet das Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des gesamten Kirchenvorstandes der Sunstedter Kirchengemeinde

Heinz-F. Kaiser